

PRESSEMITTEILUNG 03/2025

Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie erhalten alarmierende Umfrageergebnisse

Oliver Wirth: „Die neue Bundesregierung muss die Wirtschaft nach der Wahl zur ersten Priorität machen.“

05.02.2025

ULM/BIBERACH/ALB-DONAU-KREIS – Die Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg steht zunehmend unter Druck. Einer aktuellen Umfrage zufolge sehen 96 Prozent der befragten Unternehmen eine Verschlechterung der Standortbedingungen in den vergangenen zehn Jahren, fast 60 Prozent sprechen sogar von einem „deutlichen“ Negativtrend. „Diese landesweiten Ergebnisse decken sich mit den Rückmeldungen unserer Mitglieder hier in der Region“, sagt Oliver Wirth, Vorsitzender der Bezirksgruppe Ulm des Arbeitgeberverbands Südwestmetall am Mittwoch in Ulm.

Die Erhebung, die Teil einer bundesweiten M+E-Umfrage ist, zeigt für Baden-Württemberg eine noch kritischere Lage als im Bundesdurchschnitt. 59 Prozent der Unternehmen im Südwesten bewerten ihre derzeitige wirtschaftliche Situation als schlecht – bundesweit liegt dieser Wert bei 51 Prozent. Zudem lassen die stark negativen Geschäftserwartungen eine weitere Verschlechterung im Jahresverlauf erwarten. Lediglich sechs Prozent der Betriebe rechnen bereits in diesem Jahr mit einer Besserung, während die Mehrheit dies frühestens 2026 erwartet oder derzeit keine Prognose abgeben kann. Überdies gehen 52 Prozent der Unternehmen von einem Stellenabbau aus, und 53 Prozent planen, ihre Investitionen in Deutschland zu reduzieren – während gleichzeitig mehr Kapital ins Ausland fließt.

Zentrale Herausforderungen für die befragten Unternehmen sind die hohen Arbeitskosten, gefolgt von einer unzuverlässigen Wirtschaftspolitik und überbordender Bürokratie. „Auch diese Tendenz hören wir aus unserer Mitgliedschaft“, so Oliver Wirth. „Die unzuverlässige Wirtschaftspolitik macht es Unternehmen in unserer Region schwer, Investitionen langfristig zu planen. Zudem fordern Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten hohe Aufwände, die vor allem unseren KMUs schwer zu schaffen machen.“ Die landesweiten, negativen Erwartungen seien in der Tendenz auch in der Bezirksgruppe Ulm zu spüren. „Es gibt nur noch wenige Unternehmen, die aktuell richtig gut laufen, bei den meisten hier ist die Stimmung gedämpft.“

Aus der Umfrage geht ebenfalls hervor, dass gut ein Drittel der Unternehmen teilweise Investitionen vom Inland ins Ausland verlagert. Damit verbunden ist häufig auch eine Verlagerung von Stellen. „Das zeigt, dass wir dringend ein Umdenken bei der Politik brauchen“, betont Oliver Wirth. Unternehmen, die

einmal abgewandert seien, kämen nicht wieder. „Die neue Bundesregierung muss daher die Wirtschaft nach der Wahl zur ersten Priorität machen, sie entlasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Nur so vermeiden wir eine gefährliche Abwärtsspirale.“

Foto zum Abdruck honorarfrei.

Quelle: Südwestmetall

Bildunterschrift:

Oliver Wirth, Vorsitzender der Bezirksgruppe Ulm von Südwestmetall

Info zu Südwestmetall:

SÜDWESTMETALL ist der Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg. Er ist kompetenter Ansprechpartner für Arbeitgeber in arbeits- und sozialrechtlichen, tarifvertraglichen und sozialpolitischen Fragen. SÜDWESTMETALL ist Sprachrohr für seine Mitgliedsbetriebe gegenüber Gewerkschaft, Staat und Öffentlichkeit. Zusammen mit dem Sozialpartner vereinbart SÜDWESTMETALL in Tarifverträgen die Bedingungen der Arbeitsverhältnisse.

Die Bezirksgruppe Ulm von SÜDWESTMETALL und des tarifungebundenen Unternehmensverbands Südwest betreut in der Region Ulm, Biberach, Alb-Donau und dem südöstlichen Teil Sigmaringens 144 Betriebe mit 59.151 Beschäftigten.